



Sozialdemokratische Partei Zürich 7 und 8

**Protokoll der 5. ordentlichen Generalversammlung
vom 17. März 2015**

20.00 Uhr, GZ Riesbach, Bühnenraum

Leitung: Sofia Karakostas.

Entschuldigt: Miriam Lautenschläger, Martin Nobs, Jacqueline Badran, Thomas Eichenberger, Dorothea Schmid, Verena Siegrist, Adrian Herzog, Irene Koch, Marie-Therese Meier, Susanne Schmid, Margrith Wacker, Renato Valoti, Peti Wiskemann, Heidi Kallenberger.

1. Begrüssung

Sofia Karakostas begrüsst die Anwesenden.

Stefan Sauter, Tim Bartal und Dominique Jaussi sind als Neumitglieder zum ersten Mal an einer GV.

2. Wahl der Stimmzähler und der Protokollführerin

Als Stimmzähler werden Andreas Herczog und Andreas Rüegg bestimmt. Es sind 42 Stimmberechtigte anwesend.
Das Protokoll führt Ruedi Nöthiger.

3. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

4. Abnahme des Protokolls der GV vom 1. April 2014

Das Protokoll der letztjährigen GV der SP 7 und 8 wird ohne Bemerkungen genehmigt (mit zwei Enthaltungen) und verdankt.

5. Abnahme der Jahresberichte

Die Jahresberichte des Kantonsrates (Michael Stampfli), des Gemeinderates (Jean-Daniel Strub), der Schulpflege (Marco Gitemann) und des Vorstandes (Sofia Karakostas) werden erwähnt. Alle Berichte sind auf der Homepage der Sektion verfügbar. Sofia erwähnt die beiden neuen Anlässe: Der Neumitgliederanlass und den Stammtisch. Der Stammtisch wurde bereits dreimal durchgeführt und war ein voller Erfolg.

Sofia Karakostas dankt allen VerfasserInnen für die Berichte und allen Behördenmitgliedern für ihre Arbeit in ihren Gremien.
Der Jahresbericht des Vorstandes wird einstimmig abgenommen.

6. Abnahme der Jahresrechnung und des Revisionsberichts

Paul Sprecher hat auf der Rückseite einige Bemerkungen angebracht. Die Mitgliederzahl hat sich im Verlaufe des Jahres leicht erhöht (von 243 auf 250).

Revisor Felix Stamm erklärt, er habe zusammen mit der Revisorin Marianne Schwarzmann am 9. Februar bei Kassier Paul Sprecher die Buchhaltung geprüft. Einnahmen und Ausgaben seien mit Belegen ausgewiesen gewesen, Erfolgsrechnung und Bilanz hätten mit der Buchhaltung übereingestimmt. Der Vermögensbestand sei belegt gewesen. Die Revidierenden danken Paul Sprecher für seine tüchtige Arbeit im vergangenen Jahr. Felix Stamm beantragt aufgrund der Ergebnisse der Prüfung, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Kassier Decharge zu erteilen.

Die Jahresrechnung wird unter Verdankung des Kassiers und der Revidierenden mit Akklamation genehmigt.

7. Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

8. Ehrungen

Dieses Jahr haben wir folgende JubilarInnen zu ehren:

25 Jahre Mitgliedschaft

- Enderlin Cavigelli Regula
- Herzog Adrian
- Koch Irene
- Meier Marie-Therese
- Meyer Olivier
- Schmid Susanne
- Wiskemann Urs

40 Jahre Mitgliedschaft

- Bluntschli Franz
- Nuotclà Jon
- Schwarzmann Marianne
- Siegrist-Messikommer Verena
- Stieger Werner

Regula, Olivier und Franz sind anwesend und ergreifen kurz das Wort. Wir gratulieren und applaudieren.

9. Wahl der Präsidentin, des Kassiers, der übrigen Mitglieder des Vorstands, des Mitglieds des städtischen Parteivorstands und der Revisionsstelle

Pascal Bührig, Peter Holenstein, Peti Wiskemann und Helen Glaser treten aus dem Vorstand zurück. Pascal, Peter und Helen blicken auf ihre Vorstandsarbeit zurück. Pascal und Peter waren seit 2012 im Vorstand, Helen seit 2006 (zuerst drei Jahre als Beisitzerin). Helen war zusammen mit Jean-Daniel sehr aktiv an der Fusion der beiden früheren Sektionen SP 7 und SP 8 zur heutigen SP 7 und 8 beteiligt. Sie war während zwei Jahren Präsidentin und auch eine Zeit lang Vizepräsidentin der Sektion.

Präsidentin:

Sofia Karakostas stellt sich gerne wieder zur Wahl. Helen bittet unter Erwähnung der Verdienste von Sofia um ihre Wiederwahl. Sie wird per Akklamation ins Amt gewählt.

Kassier:

Paul Sprecher wird per Akklamation wiedergewählt.

Übrige Vorstandsmitglieder:

Michael Bieri, Ruedi Nöthiger und Ivo Vrankic stellen sich wieder zur Wahl. Alle werden per Akklamation wiedergewählt.

Neu stellen sich zur Wahl: Isabel Bartal, Eveline Zwahlen und Lukas Alig. Isabel ist seit 2005 in der Partei aktiv und ist seit letztem Jahr im Kantonsrat. Lukas war seit 10 Jahren im Kanton Graubünden aktiv.

Revisionsstelle:

Marianne Schwarzmann und Felix Stamm bleiben Revidierende. Werner Kallenberger ist weiterhin Ersatzrevisor. Es werden alle per Akklamation ins Amt gewählt.

Parteivorstand:

Gemäss Statuten der SP Stadt Zürich (Art. 9, Abs. 1) ist die gewählte Präsidentin / der gewählte Präsident von Amtes wegen delegiert.

**10. Wahl der Delegierten zu den Delegiertenversammlungen der Stadtpartei (15),
der Kantonalpartei (7) und der SP Schweiz (1)**

Stadtpartei Delegierte:

- Catherine Pelli
- Dorothee Schmid
- Esther Freitag
- Eva-Maria Würth
- Helen Glaser
- Isabel Bartal
- Ivo Vrankic
- Lukas Alig
- Margrith Wacker
- Marianne Aubert
- Martin Sarbach
- Michael Bieri
- Miriam Lautenschläger
- Renato Valoti
- Ruedi Nöthiger

Ersatzdelegierte:

- Catherine Heuberger
- Eveline Zwahlen
- Olivier Meyer
- Regula Enderlin
- Stefan Sauter

Kantonalpartei Delegierte:

- Catherine Heuberger
- Isabel Bartal
- Ivo Vrankic
- Lukas Alig
- Martin Nobs
- Michael Bieri
- Stephanie Giger

Ersatzdelegierte:

- Catherine Pelli
- Eva-Maria Würth
- Helen Glaser
- Marianne Aubert
- Martin Sarbach
- Raphael Golta
- Werner Kallenberger

SPS Delegierter:

Martin J. Nobs.

Ersatzdelegierte:

Eva-Maria Würth, Michael Bieri, Martin Kayser

11. Festsetzung der Mitgliederbeiträge und der Behördenmitgliedsteuer

Mitgliederbeiträge:

Paul Sprecher erläutert die gültige Beitragsskala. Antrag des Vorstandes: Die Skala soll so beibehalten werden. Einstimmige Annahme via Handerheben.

Behördenmitgliedsteuer:

Paul Sprecher stellt klar, dass diese Steuer die nebenamtlich tätigen Behördenmitglieder betrifft (GR, KR, Schulpflege). Der Vorstand beantragt, den Betrag wie bisher bei 10 % der Einkünfte zu belassen.

Einstimmige Annahme via Handerheben.

12. Verabschiedung des Budgets

Paul Sprecher erläutert das Budget 2015. Das Budget wird einstimmig genehmigt.

13. Änderung der Statuten

In den geltenden Statuten kommt an mehreren Stellen der Begriff „schriftlich“ vor. Es ist nicht klar, ob diesem Erfordernis auch bei Benützung der modernen Kommunikationsmittel Genüge getan wird. Deshalb sollen diesbezügliche Präzisierungen erfolgen.

Im Unterschied zur Einberufung der Generalversammlung ist für die Einberufung von Mitgliederversammlungen keine Frist vorgeschrieben. Eine solche wird aber als notwendig erachtet.

Der Vorstand schlägt den Mitgliedern deshalb die folgenden Statutenänderungen vor:

Geltender Text	Neuer Vorschlag
<p>Art. 4 Erwerb der Mitgliedschaft</p> <p>² Die Beitrittserklärung muss schriftlich erfolgen.</p>	<p>Art. 4 Erwerb der Mitgliedschaft</p> <p>² Die Beitrittserklärung muss schriftlich erfolgen. <i>Als schriftlich erfolgt gilt sie auch, wenn sie auf elektronischem Weg (z.B. E-Mail, Beitrittsformular auf der Website) übermittelt wurde.</i></p>
<p>Art. 5 Erlöschen der Mitgliedschaft</p> <p>² Der Austritt ist jederzeit möglich; er muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden.</p>	<p>Art. 5 Erlöschen der Mitgliedschaft</p> <p>² Der Austritt ist jederzeit möglich; er muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden. <i>Bezüglich Schriftlichkeit gilt sinngemäss Art. 4 Abs. 2.</i></p>
<p>Art. 7 Zeitpunkt, Einberufung (der GV)</p> <p>³ Sowohl für ordentliche als auch für ausserordentliche Generalversammlungen erfolgt die Einberufung schriftlich durch den Vorstand, und zwar mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag und unter Angabe der Traktanden. Bei Anträgen auf Änderung der Statuten muss gleichzeitig deren Wortlaut bekannt gegeben werden.</p>	<p>Art. 7 Zeitpunkt, Einberufung (der GV)</p> <p>³ Sowohl für ordentliche als auch für ausserordentliche Generalversammlungen erfolgt die Einberufung schriftlich durch den Vorstand, und zwar mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag und unter Angabe der Traktanden. Bei Anträgen auf Änderung der Statuten muss gleichzeitig deren Wortlaut bekannt gegeben werden. <i>Für jene Mitglieder, die sich mit Mitteilungen per E-Mail einverstanden erklärt haben, gilt das Kriterium der Schriftlichkeit gilt als erfüllt, wenn ihnen die Einberufung auf diesem Wege zugestellt wird.</i></p>
<p>Art. 8 Kompetenzen (der GV)</p> <p>⁴ Anträge von Mitgliedern zu Geschäften, die durch Gesetz oder Statuten zur Beschlussfassung durch die ordentliche Generalversammlung vorgesehen sind, müssen spätestens 30 Tage vor dieser Versammlung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.</p>	<p>⁴ Anträge von Mitgliedern zu Geschäften, die durch Gesetz oder Statuten zur Beschlussfassung durch die ordentliche Generalversammlung vorgesehen sind, müssen spätestens 30 Tage vor dieser Versammlung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden. <i>Bezüglich Schriftlichkeit gilt sinngemäss Art. 4 Abs. 2.</i></p>
<p>Art. 9 Zeitpunkt, Einberufung (der Mitglieder- versammlung)</p> <p>Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf statt. Sie werden vom Vorstand schriftlich und unter Angabe der Traktanden einberufen.</p>	<p>Art. 9 Zeitpunkt, Einberufung (der Mitglieder- versammlung)</p> <p>Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf statt. Sie werden vom Vorstand <i>mindestens 10 Tage vor dem Versammlungstag</i> schriftlich und unter Angabe der Traktanden einberufen. <i>Bezüglich Schriftlichkeit gelten die gleichen Bestimmungen wie in Art. 7 Abs. 3.</i></p>

14. Varia

Werner Kallenberger verweist auf die Initiative RASA (Raus aus der Sackgasse), welche eine Abstimmung über die Bilateralen Verträge anstrebt.

Ivo schildert den laufenden Wahlkampf für den Kantonsrat. Die Veloputzaktion und der Verkauf von Kindervelos war ein voller Erfolg. Am Kreuzplatz wurde die „Karton-Wohnaktion“ durchgeführt, welche auf die prekäre Wohnungsverhältnisse hinwies. Am 21. März findet nach dem Sektionsbrunch mit Jacqueline Fehr die Telefonaktion statt. Es werden potentielle SP-Wählerinnen und -Wähler angerufen. Diese Aktion wird am 28. März fortgesetzt. An diesem Datum gibt es auch eine Standaktion an der Höschgasse.

22. März 2015 / Ruedi Nöthiger



Jahresbericht aus dem Vorstand – 2015/2016

Das Berichtsjahr 2015/2016 bescherte der SP Zürich 7 und 8 zwei Glanzpunkte: In den Kantonsratswahlen vom 12. April konnte unsere Sektion – nach erfolgreichem Wahlkampf unter der Leitung von Ivo Vrankic – das gesteckte Ziel erreichen und unsere beiden Sitze im Kantonsrat halten. Neu in den Kantonsrat gewählt wurden Isabel Bartal und Martin Sarbach, dies unter leichter Erhöhung des Wähleranteils um 0.8%. Auch die Nationalratswahlen sind aus Sicht der Sektion sehr gut verlaufen. So stieg der Wähleranteil in den Stadtkreisen Zürich 7 und 8 um 2.4% auf 27%, somit ist die SP hier wieder die stärkste Partei. Ganz besonders freut uns, dass unsere Nationalrätin Jacqueline Badran mit einem Glanzresultat wieder gewählt wurde. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation an alle.

Vorstandsintern begann das Berichtsjahr mit der konstituierenden Sitzung im April 2015, wo die drei neuen Mitglieder Lukas Alig, Isabel Bartal und Eveline Zwahlen begrüsst wurden. Es herrschte von Anfang an eine vertraute und konstruktive Atmosphäre, und die verschiedenen Ressorts waren schnell verteilt.

Im Berichtsjahr fanden neun Vorstandssitzungen statt, an denen aktuelle Geschäfte aus dem Gemeinderat, Themen aus dem Quartier oder Informationen aus anderen relevanten Gremien wie Parteivorstand, Delegiertenversammlungen oder Sektionstreffen behandelt wurden. Aktuelles aus dem Kantonsrat wurde von Isabel Bartal direkt berichtet, während unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte uns die wichtigsten Geschäfte per E-Mail übermittelten.

Im Wahljahr 2015 lag der Schwerpunkt der Vorstandsaktivitäten naturgemäss auf dem Wahlkampf und auf der Unterstützung des Wahlkampfs unserer Kandidierenden. Ziel war, an möglichst vielen Samstagen an mehreren Standorten gleichzeitig präsent zu sein. Dies ist uns sehr oft und nur dank der tatkräftigen Unterstützung unserer Mitglieder gelungen. Als besonders erfrischend und – trotz anfänglicher Bedenken – sehr erfolgreich kann die schon zum zweiten Mal durchgeführte Sommeraktion bezeichnet werden, bei der wir am Kreuzplatz über das Verteilen von Sorbetto mit den Leuten ins Gespräch kamen und auf die bevorstehenden Wahlen aufmerksam machten.

Wiederum waren wir in diesem Jahr bestrebt, in einem regelmässigen Rhythmus Aktivitäten für den direkten Austausch mit unseren Mitgliedern durchzuführen. Aufgrund des intensiven Wahljahrs rückten die Mitgliederversammlungen in diesem Jahr zwar etwas in den Hintergrund, dennoch fand das etablierte Format des Sessionsbrunchs an den vier Samstagen nach der jeweiligen Session statt. Daniel Jositsch, Martin Naef, Mattea Meyer und jüngst Priska Seiler Graf erzählten offen über Diskussionen und Ergebnisse ihrer parlamentarischen Aktivitäten sowie über ihre persönlichen Erlebnisse in Bern. Auch wenn die Sessionsbrunches von den Anwesenden sehr geschätzt werden, würden wir uns eine etwas höhere Besucherinnen- und Besucherzahl wünschen. Wir möchten in Zukunft den Brunch unbedingt beibehalten, doch die Form etwas anpassen.

Der auf anfangs 2015 eingeführte SP 7 und 8-Stamm, der jeweils am ersten Dienstag des Monats stattfand und bei dem sich Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten im Bistro Le Puy an der Forchstrasse zum Austausch trafen, ist leider nach grossem Erfolg in den ersten zwei Monaten nur noch auf schwindendes Interesse gestossen. Wir haben deshalb beschlossen, ihn nicht mehr durchzuführen.

Der ebenfalls ein Jahr zuvor eingeführte Neumitgliederanlass, an dem Neumitglieder aus den vergangenen drei Jahren und neu in die Sektion übergetretene Mitglieder zum informellen Apéro-Anlass eingeladen und begrüsst werden, fand dieses Mal im Le Puy statt und fand guten Anklang.

Bei wiederum sehr schönem Wetter gut besucht war unser traditionelles Sommerfest in der Wynegg, wo wir bis spät Grilladen und Wein genossen. Indoor-Grillieren gab es dann wieder am Chlaushöck, der auch letztes Jahr im Gemeinschaftszentrum Riesbach durchgeführt wurde und sehr gemütlich war.

Unter der Leitung von Eveline Zwahlen hat eine Arbeitsgruppe der SP Zürich 7 und 8 eine Stellungnahme mit



Änderungsvorschlägen zum Positionspapier der Fachkommission für Geschlechterpolitik (GeschKo) erarbeitet und eingereicht. Es freut uns sehr, dass die Änderungsvorschläge grossmehrheitlich Annahme fanden und das Positionspapier verabschiedet wurde.

Nebst unseren eigenen Aktivitäten haben wir uns auch im letzten Jahr aktiv an Quartierveranstaltungen beteiligt: So waren wir mit unserem bei Jung und Alt sehr beliebten Crêpes-Stand am Hottinger-Fest präsent und mit unserem Röstistand wiederum am Riesbach-Fest, das trotz miserabilem Spätsommerwetter bezüglich Kontakten zur Quartierbevölkerung und zu unseren Mitgliedern ein Erfolg war. Dazu hat nebst den talentierten und engagierten Röstibäckerinnen und Röstibäckern aus dem Kreise der SP-Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten sicherlich auch das neu beschaffte, gemütliche und vor allem wasserdichte grosse SP 7 und 8-Festzelt beigetragen.

Im Namen des Vorstands möchte ich an dieser Stelle allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten für ihr Engagement im letzten Jahr sehr herzlich danken.

Für den Vorstand: Sofia Karakostas, Präsidentin SP Zürich 7 und 8, Ende März 2016.



Jahresbericht aus dem Gemeinderat – 2015/2016

Das politische Jahr von Mai 2015 bis April 2016 begann wie immer mit der Wahl des neuen Ratspräsidenten. Die scheidende Ratspräsidentin Dorothea Frei (SP) legte die Latte hoch, leitete sie doch den Rat an der langen Leine mit konsequenten Leitplanken. Mit Matthias Wiesmann wurde erstmals ein Mitglied der Grünliberalen Partei (glp) für ein Jahr zum Ratspräsidenten gewählt.

Die Mehrheiten im Rat verdienen dieses Jahr einen eigenen Absatz: Die Linke und die Bürgerlichen verfügen je über 62 Stimmen. Trotz dieser Patt-Situation konnte die Linke immer wieder Mehrheiten finden, dies dank dem Verhandlungsgeschick unserer Fraktion, den Absenzen der Bürgerlichen und dem 125. Gemeinderat Mario Babini (parteilos), der sich oft nicht von vornherein einem der beiden Blöcke anschliesst, und den wir immer wieder für unsere Anliegen gewinnen konnten.

Im Folgenden werden die Ratsgeschäfte nach Themen erläutert:

Im Mai beschloss der Rat zwei neue Verordnungen: „Verordnung Pflegezentren der Stadt Zürich“ und „Verordnung Alterszentren der Stadt Zürich“. Sie unterteilen die folgenden vier Angebote stärker: Demenzbetreuung, Palliativpflege, Übergangspflege und ambulante Angebote. Gleichzeitig werden die Taxen aufgeteilt in Hotellerie, Betreuung, Nebenleistungen und Pflege nach den Taxstufen des Bundesgesetzes. Auch die Altersstrategie der Stadt Zürich wurde gutgeheissen.

Das ewz durchläuft turbulente Zeiten, da sich das nationale und vor allem internationale Umfeld rasant verändert. Der geöffnete Markt zeigt Wirkung, die Konkurrenz wird stärker: Grosskunden wechseln den Anbieter und der Marktpreis liegt unter den Gestehungskosten der meisten Produktionsformen, u. a. Strom aus Wasser und Atomstrom. Das führt zum wichtigsten ewz-Geschäft, das die zuständige Kommission nun schon über ein halbes Jahr beschäftigt und sicher noch ein paar Monate weiter beschäftigen wird: Die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Noch ist nicht klar, ob der Rat überhaupt auf das Geschäft eintreten wird. Nicht nur in der SP-Fraktion hat die Vorlage aber schon intensive, seriös und engagiert geführte Diskussionen ausgelöst, stellt die Debatte doch nicht nur für die Zukunft des ewz, sondern auch für andere städtische Einheiten, nicht zuletzt die Stadtspitäler, entscheidende Weichen.

Zu einem weiteren wichtigen Geschäft wird im Juni 2016 die Bevölkerung das letzte Wort haben: den Ausstieg der Stadt Zürich aus dem Atomstrom bis 2034 als neuen Artikel in der Gemeindeordnung. Diese Forderung geht auf eine Motion von SP, Grünen und glp nach dem Reaktorunfall in Fukushima zurück.

In Sachen Grünraum gaben zwei Geschäfte Anlass zur Diskussion: Die Erweiterung und Sanierung des städtischen Gfellerhofs in Schwamendingen und der Wunsch nach einem Rebberg in Fluntern in Form einer Einzelinitiative, die vom Gemeinderat allerdings abgelehnt werden musste. Dies bedeutet nicht, dass der Rebberg beerdigt ist, jedoch laufen rechtliche Verfahren, die abgewartet werden müssen. Auf Initiative der SP-Fraktion hat der Gemeinderat jedoch – notabene ohne Gegenstimme – ein Postulat überwiesen, das die Realisierung dieses Rebbergs verlangt und dem Quartieranliegen hoffentlich etwas Schub verleiht.

Im Juni 2015 wurde das Polizeidepartement in Sicherheitsdepartement umbenannt, was nur logisch ist, da es auch die Feuerwehr, die Sanität, den Zivilschutz, das Strassenmanagement und das Stadtrichteramt umfasst. Einigen Wirbel löste ein von SP und glp eingereichtes Postulat aus, das die alte sozialdemokratische Forderung aufgriff, wonach die Nationalität von Tätern und Opfern in Polizeimeldungen nur noch genannt werden soll, wenn dies für die begangene Tat relevant ist. Das Postulat wurde deutlich überwiesen.

Gegen unseren Willen wurde Land in Oberhasli verkauft. Hingegen unterstützten wir ein Tauschgeschäft verschiedener Liegenschaften in Oerlikon und Schwamendingen. Gegen den privaten Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, den der Gemeinderat genehmigte, wurde ein Rekurs eingereicht. Damit verzögert sich das Projekt um mehrere Monate.

Die Rechnung 2014 wurde verabschiedet. Sie schloss mit einem Defizit von 57 Millionen Franken, was angesichts des budgetierten Fehlbetrages von 173 Millionen Franken eine deutliche Verbesserung darstellte.

Als Erfolg konnte verbucht werden, dass die Stadt Zürich die Liegenschaft Florhof 6 – auch bekannt als „Konsi“ – kaufen konnte und so der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) künftig direkt zur Verfügung stellen kann.

Mit dem Pilotprojekt Tagesschulen wurde endlich ein wichtiges Anliegen der SP nach Chancengleichheit aufgenommen. Jahr für Jahr gehen mehr Kinder und Jugendliche in den Hort, wodurch die Wegzeiten wegfallen und die Mittagszeit zum Essen, Spielen und Ausruhen genutzt werden kann. Gleichzeitig wird durch den früheren Schulschluss am Nachmittag eine längere zusammenhängende Freizeit ermöglicht. Die Aufgabenstunde mit Aufgabenhilfe ist in die Tagesschule integriert, was die Chancengleichheit verbessert. Im Sommer 2016 startet dieses Pilotprojekt an vorerst sechs Schulen, was hoffentlich der erste Schritt zur Einführung von Tagesschulen in der ganzen Stadt sein wird. Es zeigte sich zudem, dass auch in den nächsten Jahren mit steigenden SchülerInnenzahlen zu rechnen ist und der Schulraum folglich knapp bleiben wird. Bis jetzt wurde diese Situation mit Pavillons – den sogenannten Züri-Modular-Pavillons – überbrückt. Der Gemeinderat sprach sich aber klar für eine rasche Schulraumplanung aus: In den Gebieten Manegg, Leutschenbach, Pfingstweid, auf dem Schützeareal beim Escher-Wyss-Platz und in Albisrieden soll mit der Planung vorwärts gemacht werden.

Im Verlauf des Jahres wurde dem Gemeinderat das Kulturleitbild zusammen mit rund zwanzig Weisungen zu den einzelnen Kulturinstitutionen vorgelegt. Zu reden gaben zwei Geschäfte: die Filmstiftung und das Theater an der Winkelwiese, bei denen die FDP zusammen mit der glp und der CVP Kürzungen forderte. Mit der oben beschriebenen hauchdünnen Mehrheit konnten die Kürzungen glücklicherweise abgewendet werden. Die Debatte im Rathaus wurde von einem grossen Publikum auf der Tribüne mitverfolgt und mit der Fraktionserklärung der SP eröffnet. Dafür gab es spontanen Applaus. Solche „Verlautbarungen“ sind allerdings nicht erlaubt und wurden vom Ratspräsidenten – unter Androhung einer Räumung der Tribüne – angemahnt.

2016 konnte endlich die Forderung nach einer besseren finanziellen Unterstützung von Asbestopfern bzw. deren Angehörigen, abgeschlossen werden. Diese Forderung war vor Jahren von der SP eingebracht worden. Einen positiven Akzent setzten wir auch mit einem Vorstoss, der die zusätzliche Aufnahme von 300 Flüchtlingen forderte. Für einmal wurden wir von der CVP links überholt, sie erhöhte die Zahl auf 1000 Personen, verbunden allerdings mit einer Befristung der Massnahme auf zwei Jahre.

Einen (wahrscheinlich) letzten Auftritt hatte der „Hafenkran“. Zur Vermeidung einer Volksabstimmung über die Initiative „Hafenkran nein“ hat der Gemeinderat beschlossen, die Bau- und Zonenordnung (BZO) gemäss Initiative anzupassen. Somit sind Hafeninfrastrukturanlagen in Zürichs Kernzone nicht mehr erlaubt. Seldwyla lässt grüssen, aber es kann durchaus auch als gelungener Auftakt zum 100-Jahre-DADA-Jubiläum angesehen werden.

In der Budgetdebatte vom Dezember 2015 signalisierte die SP ihre Zustimmung zum Budget nicht bereits am Anfang. Diverse „Rasenmäher“-Anträge (generelle Kürzungen von 10%) lagen vor und es war unklar, ob wir diese würden verhindern können; ausserdem plante die bürgerliche Allianz einen kalten Abbau von 400 Stellen über die natürliche Stellenfluktuation. Dies hätte willkürlich alle Dienstabteilungen betroffen – auch solche, die bereits heute stark gefordert sind, wie z. B. die Spitäler. Ein Kompromissantrag des schon erwähnten parteilosen Gemeinderats konnte dies jedoch verhindern: es werden nun viel weniger Stellen gestrichen und der Stadtrat hat bei der Umsetzung der Massnahme den nötigen Spielraum.

Zu erwähnen sind noch zwei Volksabstimmungen: Gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau, der mit der Wohnsiedlung Hornbach im Seefeld realisiert werden soll, führten SVP und FDP zusammen mit HEV und Gewerbeverband einen teuren und geharnischten Abstimmungskampf. Besonders stossend war, dass sie den gemeinnützigen Wohnungsbau speziell an dieser Lage kategorisch ablehnten. Mit dem Abstimmungsergebnis zeigte sich jedoch, dass die Forderung nach sozialer Durchmischung in der Bevölkerung weiterhin Priorität hat. Bei der Velo-Initiative setzte sich schliesslich der Gegenvorschlag durch, der 120 Mio. CHF für zusätzliche Velorouten und Veloinstallationen vorsieht. Dies gilt es nun vom zuständigen Stadtrat einzufordern, was nicht ganz einfach werden wird.

Zum Jahresende gab es noch einen Wechsel im Präsidium der SP-Fraktion. Für Min Li Marti, die in den Nationalrat gewählt wurde, wählte die Fraktion Davy Graf zum neuen Fraktionspräsidenten.

Der Gemeinderat konnte seine Effizienz auch im vergangenen Jahr beibehalten: Die Traktandenliste weist noch 118 offene Geschäfte auf (Stand 13.01.2016). Einzelne Ratssitzungen konnten sogar auf zwei Stunden verkürzt werden oder fielen ganz aus.

31.03.2016 Marianne Aubert



Jahresbericht aus dem Kantonsrat – 2015/2016

Das erste Amtsjahr der Legislatur 2015 – 2019 ist bald zu Ende, und es fällt nicht ganz leicht zu sagen, welche Geschäfte denn inhaltlich die Schwergewichte oder wenigstens von der Debatte her die Höhepunkte gewesen wären. Am ehesten noch die Debatte über die Sozialhilfe, die eine nationale Diskussion provozierte. Die Bürgerlichen im Kantonsrat diskutierten lang und breit über einen Alleingang in der Sozialhilfe, nämlich dass Zürich aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) austreten sollte. Die Debatte wurde begleitet von juristisch nicht haltbaren Forderungen wie ein Autoverbot für Sozialhilfebezüger. Was zuerst noch eine Mehrheit fand, wurde in der zweiten Lesung zwar knapp mit 85 zu 81 Stimmen, aber dennoch abgelehnt.

Am emotionalsten wurde es jeweils, abgesehen von Eintagsfliegen wie der Aufregung über die „Entkoppelungsaktion“ des Neumarkttheaters, bei den finanzpolitischen Debatten, die angesichts der bevorstehenden „Leistungsüberprüfung 2016“ (das seit langem angekündigte Leistungskürzungsprogramm des Regierungsrates) sehr schnell sehr grundsätzlich wurden. Wobei es nicht beim Gejammer über „die Steuerhölle Zürich“ (so die CVP-Sprecherin während der Budgetdebatte) blieb, sondern die bürgerliche Ratsmehrheit gleich auch die ohnehin ambitionierten Sparvorgaben ihrer eigenen Regierung deutlich verschärfte. Auffallend war im Übrigen, wie Gebühren zu Gunsten der Vermögenden gesenkt wurden und gleichzeitig im Budget Pauschalkürzungen zu Lasten der Bildung und Gesundheit vorgenommen wurden.

Was die politische Grosswetterlage angeht ist eingetroffen, was bereits am Wahlabend vorauszusehen war: Die bürgerlichen Parteien, allen voran die nicht mehr so schwache FDP, treten selbstbewusst (um nicht zu sagen arrogant) auf und zelebrieren gerne ihre Macht. Kleines Beispiel: Zu den Benimmregeln des Ratsbetriebs gehört es, dass sich jede Fraktion zwecks Willensbildung und Festlegung der Strategie über die einzelnen Vorlagen in den Kommissionen beraten können, bevor die Kommission zuhanden des Kantonsrats Anträge stellt. Etwa in der Finanzkommission hielt es indes die bürgerliche Mehrheit wiederholt gar nicht für nötig, uns vorgängig ihre untereinander abgesprochenen Anträge in die Fraktion nehmen zu lassen. Als die Geschäftsleitung des Kantonsrats auf unser Betreiben hin die Finanzkommission deswegen rügte, hiess es im Antwortschreiben lapidar, man sei vielleicht in Einzelfällen nicht optimal vorgegangen, indes wäre ja voraussehbar gewesen, dass SP und Grüne ohnehin nicht im Boot gewesen wären.

Anderes Beispiel: Alleine im letzten Jahr wurde der Kantonsrat – will heissen: dessen bürgerliche Mehrheit – zweimal wegen Gesetzesverstössen vom Bundesgericht zurückgepiffen (Weigerung, die Kulturlandinitiative umzusetzen; faktisches Vermöglichen des durchgehenden Seeuferwegs). Für uns auch eine Chance, denn die Mehrheit diskreditiert sich so selbst.

Es wird in den kommenden drei Jahren in einem tendenziell garstigen Umfeld im Kantonsrat einiges an Arbeit auf uns zukommen. Gleichzeitig läuft die deutliche bürgerliche Mehrheit im Rat Gefahr, die Stimmung in der Bevölkerung zu verkennen, was wiederum trotz Dauerniederlagen im Rat zuversichtlich stimmt: Die eine oder andere Volksabstimmung wird auch in den kommenden Jahren – wie letzten Sommer das Nein zur Gebühren-Initiative – den Abbauphantasien einen Riegel schieben.



Jahresbericht aus der Kreisschulpflege Zürichberg (linke Fraktion) – 2015/2016

Das vergangene Jahr war unter anderem geprägt von einer wichtigen schulpolitischen Frage: Im Rahmen des Projektes „Tagesschule 2025“ konnten sich Schulen aus allen Zürcher Schulkreisen für die Teilnahme an einem Pilotbetrieb bewerben. In unserem Schulkreis hatte sich die Schule Balgrist-Kartaus dafür interessiert. Leider scheiterte das Vorhaben am Widerstand in der Elternschaft und im Lehrkörper, weshalb die Schulpräsidentin, Mirella Forster, die Schule vom Versuch abmelden musste. Dies hat einmal mehr gezeigt, dass die Schule in ihrer Vielfalt der Anspruchsgruppen spezielle Anforderungen stellt und dass neue Projekte sehr behutsam angegangen werden müssen.

Aus dem Schulalltag möchte ich vor allem auf eine Entwicklung hinweisen: Die Schule Hirschengraben-Schanzengraben hat im vergangenen Jahr eine erste Aufnahmeklasse für „Mineurs non accompagnés“ (MNA) eröffnet, inzwischen sind es bereits zwei. Jugendliche Flüchtlinge, die ohne Familien in die Schweiz gekommen sind, werden hier schulisch betreut. Es ist eine besondere Herausforderung für die Lehrpersonen, Jugendliche zu unterrichten, die die Sprache(n) nicht verstehen und allenfalls weder lesen noch schreiben können. Das Engagement der Lehrpersonen verdient grossen Respekt und Anerkennung.

Ich möchte diesen Jahresbericht nicht schliessen, ohne den Mitgliedern der linken Fraktion für ihre engagierte und kooperative Mitarbeit zu danken.

02. April 2016, Marco Gitermann